

Wesentliche Inhalte der Stellungnahme des Landesintegrationsrates zum Entwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes

Allgemeine Anmerkungen:

- Aus Sicht des Landesintegrationsrates fehlt der wichtigste Teil eines **Teilhabe-** und Integrationsgesetzes, nämlich die Verbesserung der politischen **Teilhabe**möglichkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund, die das kommunale Wahlrecht nicht haben. Die Forderungen des Landesintegrationsrates nach Verbesserung der politischen Mitwirkungsrechte in den Kommunen, wie sie bereits vor der Änderung des § 27 Gemeindeordnung formuliert wurden und im Parlament intensiv diskutiert wurden, sind nicht berücksichtigt. Eigene Kompetenzen und Mittel, Mitwirkung in Ausschüssen sind nur einige Stichworte.
Es sollte also ein Artikel „Änderung der Gemeindeordnung“ eingefügt werden, der die seit längerem vorliegenden Änderungsvorschläge aufgreift.
Zumindest aber sollte im Gesetz formuliert werden, dass der Landtag rechtzeitig zur nächsten Kommunal- und Integrationsratswahl eine Änderung des § 27 GO vornimmt, die die Mitwirkungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene verbessert.
- Im Gesetzentwurf unter „D. Kosten“ ist eine Aufstockung der Mittel für den Landesintegrationsrat um 0,1 Mio. € jährlich vorgesehen. Dieser Betrag ist vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren stetig gewachsenen Aufgaben und vor allem der Ausweitung der Arbeit durch das Gesetz nicht ausreichend. Mit einem Betrag von 0,2 Mio € jährlich wäre eine angemessene Aufgabenwahrnehmung auf längere Zeit möglich.
- Im Gesetzentwurf unter „F- Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände“ wird lediglich auf die Auswirkungen hinsichtlich des Landesaufnahmegesetzes eingegangen.

Ein Hauptproblem der Integrationsarbeit insgesamt und damit auch dieses Gesetzes ist aber darin zu sehen, dass es sich um „freiwillige“ Aufgaben handelt, die bei der Haushaltssituation der Gemeinden immer von der Streichung bedroht sind.

Das Gesetz sollte die Umsetzung seiner Inhalte als „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ definieren. Dadurch würde sichergestellt, dass die Aufgabenwahrnehmung landeseinheitlich nach festgelegten Standards erfolgen muss.

Der Entwurf ist in einer Reihe mit der fraktionsübergreifend beschlossenen Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen zu sehen.

Wenn es auch wünschenswert erscheint, auch das Teilhabe- und Integrationsgesetz durch eine breite Mehrheit im Parlament verabschieden zu lassen, wünscht sich der Landesintegrationsrat dennoch eine klare Aussage zu den übergeordneten bundespolitischen Zielen, dem Einsatz für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten und für eine erleichterte Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Migrantinnen und Migranten. Vor diesem Hintergrund ist die Formulierung in § 2 Abs.7 zu unbestimmt.

In § 1 Ziffer 2 wird die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und gezielter Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen zum Ziel des Gesetzes erklärt. Bis auf die Tatsache, dass nach § 9 Ziffer 4 Maßnahmen freier Träger in diesem Bereich unterstützt werden sollen, findet sich kein weiterer Hinweis, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Der Landesintegrationsrat würde es begrüßen, wenn das Land Antidiskriminierungsstellen in kommunaler oder freier Trägerschaft flächendeckend einrichten bzw. unterstützen würde. Die Integrationszentren sollten verpflichtet werden, Anlaufstelle mit geeignetem Personal für die Aufgaben des AGG in Bezug auf die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten zu sein.

§ 2 benennt die Grundsätze des Gesetzes.

Als ein weiterer Grundsatz müsste formuliert werden, dass es gilt Kompetenzen der Menschen mit Migrationshintergrund zu erkennen und zu fördern.

So sollte eine weitere Ziffer des § 2 lauten:

„Die natürliche Mehrsprachigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund und ihre interkulturelle Kompetenz gilt es zu erkennen und zu fördern. Insbesondere für den vorschulischen und schulischen Bereich sind hier spezialgesetzliche Regelungen vorgesehen“.

Insgesamt wird die in §7 beschriebene Einrichtung und Förderung von Integrationszentren als Chance, aber auch als Risiko gesehen.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass auch in Gebieten, in denen es bisher keine RAA gibt, Angebote gefördert werden sollen.

Die ganze Ausrichtung der kommunalen Integrationszentren erscheint aber so, wie sie jetzt beschrieben sind, zu „jugendlastig“ und an den Strukturen der bestehenden RAA's ausgerichtet.

RAA's aber sind an die Schulverwaltungen angebunden, was dem Prinzip der Querschnittsaufgabe bzw. –anbindung widerspricht. Sie können das Querschnittsthema nicht abdecken und werden überfrachtet.

Die Integrationszentren sollten umfassender als Stellen bezeichnet werden, die die sozialräumliche Arbeit in der Kommune fördern.

Es muss klargestellt werden, dass die Integrationszentren als additives Angebot anzusehen sind und keinesfalls bestehende Maßnahmen ersetzen können und sollen.

Gerade für den Bereich der kreisangehörigen Gemeinden wird diese Gefahr gesehen. Dort wo bisher auf Kreisebene keine Angebote stattfinden (z.B durch eine RAA), die kreisangehörigen Kommunen aber gleichwohl eine intensive Integrationsarbeit betreiben, könnte der Gedanke aufkommen diese (freiwillige) Arbeit einzustellen und dem Integrationszentrum im Kreis zu überlassen.

Die Koordination der Aufgabenwahrnehmung von bisheriger RAA, Integrationsbeauftragten, Ausländerbehörde, Migrantenselbstorganisationen durch die neuen Integrationszentren ist noch unklar. Auch die Rolle der Integrationsagenturen (Aufgabenbereiche können sich überschneiden oder kollidieren) ist nicht definiert.

Für Haushaltssicherungs-Kommunen muss klargestellt werden, dass sie die Mittel in Anspruch nehmen können.

Die Förderung der Integration als Pflichtaufgabe der Kommunen festzuschreiben wäre hier der richtige Weg.

Schließlich muss sichergestellt sein, dass diese Zentren der politischen Kontrolle durch Rat und Integrationsrat unterliegen. Die Rolle der Integrationsräte muss eindeutig beschrieben werden. Zu diesem Zweck (politische Kontrolle) soll durch Änderung des § 27 der GO die Kompetenz der Integrationsräte/Integrationsausschüsse konkretisiert und festgeschrieben werden.

Dass der Landesintegrationsrat als demokratisch legitimierter Ansprechpartner mit Anhörungsrechten verankert wird, ist sehr zu begrüßen, dies ist als Anerkennung der inzwischen seit 15 Jahren geleisteten Arbeit zu werten.

Ebenso ist zu begrüßen, dass ein Vertreter des Landesintegrationsrates dem Landesjugendhilfeausschuss (Artikel 4 Ziffer 3) und der Arbeitsgemeinschaft nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (Artikel 9) angehört.

Das interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und die Vermittlung interkultureller Kompetenz als wichtige Aufgaben definiert und die Kommunen für ihre Integrationsarbeit gefördert werden sollen, wie dies ja auch in der Vergangenheit schon geschehen, jetzt aber gesetzlich normiert werden soll, hält der Landesintegrationsrat für einen großen Fortschritt.